

PROTOKOLL ÜBER DIE SITZUNG
DES AMTSAUSSCHUSSES
DES AMTES GROSSER PLÖNER SEE

- öffentlich -

Sitzung: vom 09. September 2014
im Dörpskrog in Rathjensdorf
von 18:00 Uhr bis 20:10 Uhr

Unterbrechung: entfällt

Gesetzliche Mitgliederzahl: 13

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 1 bis 8 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den lfd. Nr. 1 bis 18.

Anwesend:

a) Stimmberechtigt:

AV Gerold Fahrenkrog (W)
als Vorsitzender

BGM Holger Beiroth (D)

BGM Dieter Wittke (Dö)

BGM Jochen Usinger (G)

BGM Günter Schnathmeier (K)

BGM Jörg Prüß (L)

BGM Johannes Hintz (N)

BGM Olaf Wenddorf (Ran)

BGM Uwe Koch (Rat)

BGM Mario Schmidt (Bo)

GV Alfred Jeske (Bo)

GV Max Plieske (Bo)

GV Jürgen Storm (Bo)

- für GV'in Birgit Steingraber-Klinke -

b) nicht stimmberechtigt:

Protokollführung: Frau S. Mohr, Amt Großer Plöner See

Fachberatung: Frau Hartz, Amt Großer Plöner See

PR-Vors. Peggy Bräuer, Gleichst.-Beauftragte Bianca Arendt;

Herr Seelig (Wasserbehörde Keis Plön), Herr Lührs (Fa. Lührs Consulting GmbH)

Presse: Herr Barthelme (KN), Herr Kuhr (OHA); weitere Zuhörer/innen: 5

Es fehlten: ./.

Die Mitglieder des Amtsausschusses des Amtes Großer Plöner See waren durch Einladung vom 28.08.2014 zu Dienstag, 09. September 2014 um 18:00 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Der Amtsvorsteher stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladung keine Einwände erhoben wurden.

Der Amtsausschuss war nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tag, Zeit und Ort der Sitzung waren öffentlich bekannt gegeben worden.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Tagesordnung: (nach Erläuterung zu TOP 1)

1. Änderung / Ergänzung der Tagesordnung
2. Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
3. Niederschrift vom 19. Mai 2014
4. Abwasserbeseitigungskonzepte der Amtsgemeinden im Kreis Plön
5. Breitbandversorgung in den Gemeinden
6. Bericht des Amtsvorstehers / des geschäftsführenden Bürgermeisters
7. Aufgabenübertragung gemäß § 5 Abs. 1 der Amtsordnung auf das Amt Großer Plöner See;
hier: Beteiligung an dem Personenbeförderungsunternehmen Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH (VKP)
8. Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 82 Gemeindeordnung (GO) für das Haushaltsjahr 2013
9. Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2013
10. Abrechnung der Amtsumlage für das Haushaltsjahr 2013
11. Abrechnung der Kosten gem. § 8 Abs. 3 des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Amt Großer Plöner See und der Gemeinde Bosau für das Jahr 2013
12. Unvermutete Kassenprüfung der Kasse am Standort Plön gem. § 39 GemKVO
13. Zuschuss für das Frauenhaus Preetz
14. Vermögensauseinandersetzung hinsichtlich des Amtsgebäudes
15. Erlaubnisfeld Leezen
16. Einwohnerfragestunde
17. Anfragen der Mitglieder
18. Personalangelegenheiten

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwände erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

keine

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Bevor mit der Sitzung begonnen wird, erteilt Amtsvorsteher Fahrenkrog der Gleichstellungsbeauftragten Frau Arendt das Wort.

Frau Arendt teilt mit, dass sie aus privaten und beruflichen Gründen das Amt der Gleichstellungsbeauftragten nicht mehr ausführen kann und von ihrem Amt zurücktritt. Weiter bedankt sie sich für die gute Zusammenarbeit in der letzten 12 Jahren und hofft, dass es mit ihrer Nachfolgerin ebenfalls so gut funktionieren wird.

TOP 1**Änderung / Ergänzung der Tagesordnung**

GB Schmidt erläutert, dass er zu TOP 18 „Personalangelegenheiten“ nur grundsätzliche Bekanntheitsgaben hat und dieser somit in öffentlicher Sitzung behandelt werden kann.

TOP 2**Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten**

Aufgrund der Erläuterung zum Tagesordnungspunkt 1 erübrigt sich dieser TOP.

TOP 3**Niederschrift vom 19. Mai 2014**

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

TOP 4**Abwasserbeseitigungskonzepte der Amtsgemeinden**

Amtsvorsteher Fahrenkrog teilt mit, dass man das Problem derzeit angehe und eine Entscheidung für ein Abwasserbeseitigungskonzept empfohlen wird. Laut GB Schmidt soll bereits in der nächsten Amtsausschusssitzung eine Vorlage beraten werden.

- Hierin wird angeregt, dass sich alle Gemeinden für ein Büro entscheiden sollten, um die Kosten zu reduzieren.
- Es ist ein Zeitfenster von 1 bis 1 ½ Jahren angedacht.
- Die Haftung wird so verlegt.
- Die Entscheidung muss jede Gemeinde allein treffen.

Das Wort wird Herrn Seelig vom Kreis Plön, Amt für Umwelt erteilt.

Dieser erklärt den aktuellen Sachstand und beantwortet auftretende Fragen.

Laut Herrn Seelig wird es sicher kostengünstiger, wenn man sich bei dem Konzept zusammenschließt. Als Grundlage könnte das Altkonzept genommen werden, auch wenn es bereits 20/30 Jahre alt ist. Weiter könnte es auch hilfreich sein, wenn das Amt Daten aus dem Kanal-kataster oder Entschlammungslisten zur Verfügung stellen kann. Er geht davon aus, dass viele Informationen für ein Abwasserbeseitigungskonzept bereits in den Gemeinden vorhanden sind.

- Bürgermeister Beiroth fragt nach, warum das Gesetz erst zum jetzigen Zeitpunkt umgesetzt wird, wenn dieses bereits seit 2008 besteht und ob die Umsetzung jetzt in allen Kreisen erfolgt.

Ja, dies wird in allen Kreisen so gehandhabt. Die Konsequenzen wurden bisher so nicht wahrgenommen und das Thema wurde unbewusst verschleppt.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

- Bürgermeister Usinger regt an, ob der Kreis nicht wie bisher auch an die Verursacher herantreten kann, solange sich die Gemeinde mit dem Konzept beschäftigt.
Diese Frage wird Herr Seelig in seinem Amt weitergeben.

TOP 5**Breitbandversorgung in den Gemeinden**

GB Schmidt teilt mit, dass das Thema Breitbandversorgung immer wichtiger wird. Familien, die planen evtl. in ländlichere Gegenden zu ziehen, erkundigen sich erst nach der Erreichbarkeit und machen davon ihre Entscheidungen abhängig. Neben dem heutigen Vortrag wird auch noch Herr Baden auf der nächsten Sitzung einen Vortrag halten, um ein zweites Konzept zum Vergleich vorzustellen.

Herr Lührs gibt Informationen zum aktuellen Sachstand und beantwortet auftretende Fragen.

BGM Hinz teilt mit, dass der Kreis Segeberg mit dem Zweckverband und den Stadtwerken zusammenarbeitet. Zwei Häuser könnten in Nehnten versorgt werden; 42 würden fehlen.

Hier müsste man darauf achten, dass es keine Probleme mit kreisangrenzenden Gebieten gibt, da es sein könnte, dass man sich dann mit verschiedenen Konzepten verschiedener Anbieter auseinandersetzen muss.

BGM Usinger fragt, ob es ratsam wäre, evtl. bei Arbeiten an der Straßenbeleuchtung im Erdboden Leerrohre zu verlegen.

Theoretisch wäre das eine gute Idee, doch man sollte hier mit mind. 1 bis 4 Anbietern das Gespräch suchen, da evtl. jeder andere Ansprüche stellt.

BGM Wittke fragt, wenn vom Hauptverteiler zum Nebenverteiler bereits ein Glasfaserkabel genutzt wird, ob dieses bei einer evtl. Straßensanierung auch zum Haus gelegt werden würde.

Ja, hier gibt es eine Zusage der Telekom.

BGM Wittke fragt nach, ob die Gemeinden Dörnick und Wittmoldt, die geografisch zusammenliegen, aber unterschiedliche Vorwahlen haben, zusammengelegt werden könnten.

Nein, dies würde nicht geschehen, da die Telekom dies nicht möchte.

BGM Hinz fragt nach, ob eine Bestandsaufnahme durch Herrn Lührs möglich ist.

Selbstverständlich, aber nur gegen Honorarzahlung.

GV Storm erkundigt sich nach den alten NATO-Kabeln.

Diese werden teilweise noch genutzt und für öffentliche Netze zur Verfügung gestellt.

AV Fahrenkrog fragt, ob es Modellbespiele gibt, wo Herr Lührs erfolgreich tätig war.

Ein Vorzeigeprojekt ist die Gemeinde Dobersdorf. Hier würde Frau Kalinka sicher Auskunft über die Zusammenarbeit und die Ergebnisse geben.

TOP 6**Bericht des Amtsvorstehers / des geschäftsführenden Bürgermeisters**

AV Fahrenkrog teilt mit, dass es in der Angelegenheit der Kostenverteilung für den geschäftsführenden Bürgermeister nach einer Einigung aussieht. Über das Ergebnis wird er am 21.10.2014 in Dersau berichten können.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

GB Schmidt berichtet über folgende Themen:

- Verteilte Unterlage: Finanzausgleich
- Schreiben des Prüfungsamtes zur Umsetzung der Prüfungsbemerkungen; der interne Umsetzungsprozess ist nahezu abgeschlossen.
- Information an alle Bürgermeister zum Tarifreue- und Vergabegesetz
- Dienstantritt von Frau Schütt
- Ausschreibung für die Einstellung einer/eines Auszubildenden zum 01.08.2015
- Anschaffung von Computern und Druckern aufgrund der erforderlichen Umstellung des Betriebssystems
- Stellungnahme zur Kreisumlageerhöhung: Eine Stellungnahme erübrigt sich, da der Kreis Plön in seinem Schreiben bereits auf Konsolidierungsmaßnahmen hingewiesen hat.
- Unterbringung von Asylbewerbern: Es besteht weiterhin Raumbedarf. Es gestaltet sich schwierig, geeigneten Wohnraum zu finden.
- Ein potenzieller Mietinteressent für die freistehenden Räumlichkeiten im Amtsgebäude hat sich gemeldet.
- Termin für die nächste Amtsausschusssitzung ist der 21.10.2014 in Dersau. Dort wird Herr Baden etwas zum Thema Breitbandversorgung vortragen.
- Die Verwaltung bleibt am 02.01.2015 an beiden Standorten geschlossen.

TOP 7

Aufgabenübertragung gemäß § 5 Abs. 1 der Amtsordnung auf das Amt Großer Plöner See; hier: Beteiligung an dem Personenbeförderungsunternehmen Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH (VKP)

Gemäß der Sitzungsvorlage Nr. 11/2014 ergeht folgender Beschluss:

Das Amt Großer Plöner See nimmt bereits jetzt vorbehaltlich der Beschlussfassung in den Mitgliedsgemeinden Dersau, Dörnick, Grebin, Kalübbe, Lebrade, Nehnten, Rantzau, Rathjensdorf und Wittmoldt die Übertragung der Aufgabe „Beteiligung an dem Personenbeförderungsunternehmen Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH (VKP)“ gemäß § 5 Abs. 1 Ziff. 14 der Amtsordnung an.

Durch das Engagement als Gesellschafter der VKP nimmt das Amt für die übertragenden Gemeinden Einfluss auf die Entwicklung der durch die VKP zu erbringenden ÖPNV-Leistungen inkl. der Schülerbeförderung, entwickelt dadurch den ländlichen Raum als Lebens-, Erholungs- und Naturraum weiter und schafft damit bzw. erhält wesentliche Möglichkeiten zur integrierten ländlichen Entwicklung gem. § 5 Abs. 1 Ziffer 14 AO im Bereich der übertragenden Gemeinden aufrecht.

dafür: 9

dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Hinweis: Die Vertreter der Gemeinde Bosau nehmen nicht an der Abstimmung teil.

TOP 8

Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 82 Gemeindeordnung (GO) für das Haushaltsjahr 2013

Gemäß der Sitzungsvorlage Nr. 8/2014 ergeht folgender Beschluss:

Der Leistung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2013 wird gemäß § 82 Gemeindeordnung zugestimmt.

dafür: 13

dagegen: 0

Enthaltungen: 0

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

TOP 9**Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2013**Gemäß der Sitzungsvorlage Nr. 9/2014 ergeht folgender Beschluss:

Die Jahresrechnung 2013 wird in der Summe der bereinigten Soll-Einnahmen mit 1.856.066,92 EUR und Soll-Ausgaben mit 1.912.951,81 EUR gem. § 94 Abs. 3 GO beschlossen. Der Gesamtunterschuss beträgt 53.253,52 €.

dafür: 13**dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 10****Abrechnung der Amtsumlage für das Haushaltsjahr 2013**

Der Amtsausschuss nimmt gemäß der Sitzungsvorlage Nr. 7/2014 die Abrechnung der Amtsumlage für das Haushaltsjahr 2013 zur Kenntnis zu nehmen.

Kenntnisnahme**TOP 11****Abrechnung der Kosten gem. § 8 Abs. 3 des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Amt Großer Plöner See und der Gemeinde Bosau für das Jahr 2013**

Gemäß der Sitzungsvorlage Nr. 10/2014 wird die Abrechnung für das Haushaltsjahr 2013 für die Kosten des geschäftsführenden Bürgermeisters zur Kenntnis genommen.

Kenntnisnahme**TOP 12****Unvermutete Kassenprüfung der Kasse am Standort Pön gem. § 39 GemKVO**

Gemäß der Sitzungsvorlage Nr. 12/2014 nimmt der Amtsausschuss von der durchgeführten unvermuteten Kassenprüfung Kenntnis.

Kenntnisnahme**TOP 13****Zuschuss für das Frauenhaus Preetz**Gemäß der Sitzungsvorlage Nr. 13/2014 ergeht folgender Beschluss:

Die Mitgliedschaft bei der Initiativegruppe „Frauen in Not“ Kreis Plön e.V. ist zum 31.12.2015 zu kündigen und ab dem 01.01.2016 neu mit einem Beitrag von 325,00 € zu gründen.

dafür: 11**dagegen: 2****Enthaltungen: 0****TOP 14****Vermögensauseinandersetzung hinsichtlich des Amtsgebäudes**

AV Fahrenkrog gibt einen kurzen Rückblick und stellt den Kompromissvorschlag aus dem Jahr 2013 erneut vor.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Beschluss:

- a) Dem Kompromissvorschlag gemäß dem Schreiben der Kommunalaufsicht vom 05.08.2014 wird zugestimmt.
- b) Die Auszahlung soll in einer Summe bei dem im Kompromissvorschlag verankerten 10-prozentigen Abschlag erfolgen.

dafür: 9**dagegen: 0****Enthaltungen: 0**

Hinweis: Die Vertreter der Gemeinde Bosau nehmen nicht an der Abstimmung teil.

TOP 15**Erlaubnisfeld Leezen**

GB Schmidt stellt den bisherigen Sachstand vor. Der Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Mecklenburg, der für das Amt Trave-Land und die Gemeinden die rechtliche Beratung durchführt, würde für das Amt ebenfalls die Rechtsberatung übernehmen. Hierfür würden Kosten in Höhe von 1.000 Euro anfallen. Herr Dr. Mecklenburg kennt sich mit Rechtsstreiten mit dem LBEG aus.

Es erfolgt eine kurze Diskussion über das Thema.

GV Max Plieske teilt mit, dass am 22.09.2014 in Bosau eine Informationsveranstaltung mit diversen Teilnehmern, unter anderem mit dem o. g. Anwalt, stattfindet.

Der Empfehlung des Geschäftsausschusses wird gefolgt:

Der Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Mecklenburg soll mit der Vertretung des Amtes beauftragt werden. Die Kosten dürfen maximal 1.000 Euro brutto betragen.

dafür: 13**dagegen: 0****Enthaltungen: 0**Beschluss:

Die Stellungnahme von Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Mecklenburg wird gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), dem Kreis Ostholstein und dem Kreis Segeberg abgegeben.

dafür: 13**dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 16****Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 17**Anfragen**

BGM Wenndorf spricht die „Ice-Bucket-Challenge“ und die damit verbundene Spendenaktion für die Krankheit ALS an. Anschließend bittet er die Anwesenden ebenfalls um eine Spende.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

TOP 18

Personalangelegenheiten

GB Schmidt gibt bekannt, dass im August zwei 25-jährige Dienstjubiläen stattfanden und die Auszubildende, die in diesem Jahr die Ausbildung beendet hat, ein Ergebnis von 14,6 Punkten von 15 möglichen Punkten erreicht hat.

AMTSVORSTEHER

PROTOKOLLFÜHRERIN

Gerold Fahrenkrog

Stefanie Mohr

Anlagen zum Protokoll:

- keine -